Korruptionsprävention in Kommunen – Beitrag zur Stärkung des Vertrauens in unsere Demokratie

Prof. Dr. Edda Müller

Die Bundesregierung hat sich auf den Weg zu einer weitreichenden Staatsmodernisierung gemacht. Ziel ist es, die staatlichen Strukturen und Institutionen besser und leistungsfähiger zu machen. Gestärkt werden soll das Vertrauen der Bürger und Bürgerinnen in unseren Staat. Denn, so Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier im Vorwort zum Bericht der Initiative für einen handlungsfähigen Staat: „Wo dieses Vertrauen verloren geht, droht auch die Demokratie selbst Schaden zu nehmen." Bemerkenswert ist die Rolle, die den Kommunen in diesem Modernisierungsprozess zugedacht ist. Modellkommunen und -regionen sollen Reformvorschläge für eine umfassende Modernisierung der Verwaltung erproben. Sie sind zusammen mit den Bundesländern im Koalitionsvertrag aufgefordert, Ideen und Vorschläge für die Gestaltung eines Bundesexperimentiergesetzes einzubringen. Mithilfe von Experimentierklauseln sollen Gesetze künftig innovationsoffen und ausnahmefreundlich gestaltet werden.

Der Erfolg der Modernisierung wird nicht zuletzt von der Bereitschaft der Bevölkerung zu Verhaltensänderungen abhängig sein. Nötig ist vor allem das Vertrauen, dass Reformen dem Allgemeinwohl und nicht den Interessen einzelner Gruppen dienen. Die Verhinderung von Korruption ist dafür wichtig. Transparency International definiert Korruption als Missbrauch anvertrauter Macht zum eigenen Vorteil oder Nutzen. Korruption schädigt das Grundvertrauen der Bürger und Bürgerinnen in die Unabhängigkeit, Unbestechlichkeit und Handlungsfähigkeit des Staats sowie die Integrität der Wirtschaft.

Der Umfang der in Deutschland stattfindenden Korruption lässt sich nicht verlässlich beziffern. Hierauf weist das Bundeskriminalamt (BKA) in seinem jährlichen Bundeslagebild Korruption hin. Von einem größeren Dunkelfeld sei auszugehen. Zur realen Korruptionssituation in den deutschen Kommunen liefert die Statistik des BKA aus diesen Gründen nur unzureichende Daten. Hinweise auf potenzielle Risiken bietet jedoch die Feststellung des BKA, wonach Gebende aus der Wirtschaft vorwiegend aus der Baubranche kommen. Wegen der großen Bedeutung der Kommunen für Leistungen der Infrastruktur sind deshalb Wachsamkeit und Vorsorge das Gebot der Stunde. Dies gilt umso mehr angesichts der Aufgaben, die auf die Kommunen bei der Umsetzung des Sondervermögens der Bundesregierung für Infrastruktur und Klimaneutralität zukommen.

Der Appell für Anstrengungen zur Korruptionsprävention ist kein frommer Wunsch. Als Kronzeugen für die Wirksamkeit von Maßnahmen zur Korruptionsprävention benenne ich erneut das Bundeskriminalamt. Längerfristig sei eine Verbesserung der Korruptionssituation erkennbar, erklärt das BKA in seinem letzten Bundeslagebild 2023. Es führt diese positive Entwicklung zurück auf die Wirksamkeit der sowohl im Bereich der Unternehmen etablierten Compliancestrukturen als auch auf die von Bund und Ländern ergriffenen Maßnahmen zur Korruptionsprävention.

Die Beiträge zum Schwerpunkt dieser Ausgabe von Forum Wohnen und Stadtentwicklung wollen nicht anklagen, sie wollen Anregungen zu einem aktiven Präventionsmanagement geben. Themen sind die Ermittlung von Korruptionsrisiken sowie Hilfen zu deren Bewältigung. Nicht jede Kommune muss das Rad neu erfinden, weshalb der Erfahrungsaustausch sehr hilfreich ist. Vorgestellt wird deshalb das bei Transparency International Deutschland geschaffene Kommunale Netzwerk gegen Korruption. Die Beiträge des Bürgermeisters aus Birkenwerder sowie des Antikorruptionsbeauftragten der Stadt Leipzig zeigen, dass es nicht nur um die Vermittlung von Regeln geht, es geht vielmehr um eine Kultur der Integrität. Persönliche Glaubwürdigkeit, die Vorbildfunktion von Führungskräften in Verwaltung und Kommunalpolitik gehören ebenso dazu wie die Bereitschaft zur Transparenz gegenüber den Bürgern und Bürgerinnen. Angesprochen werden aber auch konkrete Herausforderungen zum Vergaberecht und zur Vergabepraxis im Baubereich, zur Geldwäsche und Spekulation bei Immobilien und zum landwirtschaftlichen Bodenmarkt sowie nicht zuletzt zum Erhalt einer toleranten Stadtgesellschaft, wo diese bedroht ist.

Prof. Dr. Edda Müller
Transparency International Deutschland